

Viel verkünden, wenig tun

Nach dem Korruptionsskandal beim Münchner Konzern nimmt die Wirtschaft das Thema ernster

Von Klaus Ott
und Hans Leyendecker

Frankfurt – Rechtsanwalt Rainer Buchert aus Frankfurt am Main, ein Spezialist für Korruptionsfälle, erhält immer mehr Anfragen. Aufgeschreckt durch den Skandal bei Siemens erklären viele Firmen, sie wollten Wirtschaftskriminalität im eigenen Haus verhindern, bevor eines Tages Polizei und Staatsanwaltschaft vor der Tür stünden. Derzeit sind in der ganzen Republik Juristen und Wirtschaftsprüfer gefragt, die solche Delikte unterbinden oder aufklären sollen.

Buchert, einst Polizeipräsident in Offenbach, nimmt für mehrere Unternehmen als sogenannter Ombudsmann vertraulich Hinweise auf krumme Touren entgegen. Angefangen hat der frühere Kriminaler mit diesem Job bei der Deutschen Bahn, ehe er zu VW wechselte. In diesem Jahr kamen gleich drei Mandanten hinzu: die Handelskette Rewe, der Telefonkonzern O2 und die GEZ, die Gebühreneinzugszentrale von ARD und ZDF. Die Siemens-Affäre habe Vorstände und Geschäftsführer wachgerüttelt, sagt Buchert. Es gebe eine „sprunghafte Nachfrage“ nach Ombudsleuten. Solchen Ansprechpartnern könnten sich Mitarbeiter anvertrauen, die von dunklen Geschäften wissen, aber im eigenen Betrieb aus Angst vor Repressalien anonym bleiben möchten. Auch Siemens hat einen Anwalt als Ombudsmann engagiert. Die Juristen machen von ihrer Schweigepflicht Gebrauch, sie behalten die Namen der Tippgeber für sich.

Der Fall Siemens habe etwas bewirkt, was zuvor lange Diskussionen über Corporate Governance – zu deutsch: gute Unternehmensführung – und Compliance (interne Programme gegen Wirtschaftsverbrechen) kaum vorangebracht hät-

ten, sagt Buchert. „Inzwischen werden, wenn auch noch zögerlich, Maßnahmen gegen Korruption und andere Vergehen umgesetzt.“

Vertreter von 400 Unternehmen gründeten kürzlich das „Netzwerk Compliance“. Konzerne wie der Versicherer Allianz und Großbanken sind dabei, auch Hochtief aus der korruptionsanfälligen Baubranche. Die Mitglieder wollen beraten, was man gegen Bestechung, Geldwäsche und ähnliche Delikte tun kann. Auch die in vielen Aufsichtsräten vertretenen Gewerkschaften haben den Ernst der Lage erkannt. Firmen, die nicht ent-



Firmen, deren Mitarbeiter größere Geldbeträge gerne in Koffern spazieren tragen, droht Ungemach. Imo/phototek

schlossen handelten, zahlten am Ende einen hohen Preis, sagt IG-Metall-Chef Berthold Huber. Als Aufsichtsrat von Siemens weiß er, wovon er redet. Huber kritisiert, die Themen Corporate Governance und Compliance seien in vielen Konzernen noch „unterbelichtet“.

Ob der Siemens-Skandal wirklich eine Zäsur bedeutet, muss sich aber erst noch zeigen. „Zwischen Absichtserklärungen und konsequenter Umsetzung besteht oft ein großer Unterschied“, sagt ein erfahrener Korruptionsermittler. Er verweist darauf, dass Siemens viele Jahre lang immer wieder hehre neue Grundsätze verkündet habe. Aber: „Was ist daraus geworden?“ fragt er. Nach der Aufdeckung eines größeren Schmiergeldskandals Anfang der neunziger Jahre hatte der damalige Konzernchef Heinrich von Pierer erklärt, der Vorgang habe ihn „überrascht und betroffen gemacht“. Man werde „alles tun, damit sich die Dinge nicht wiederholen“. Und 2003 hatte Pierer in einem Buchbeitrag betont, dass „Profit und Moral zusammengehören“.

Mittelständler zögern

Absichtserklärungen hörten sich nett an, aber das sei es dann auch, sagt der Korruptionsermittler. Wirklich ändern werde sich nur etwas, „wenn die Strafen die Konzernmanager und die Unternehmen wirklich treffen“. Siemens ist da ein gutes Beispiel. 1,4 Milliarden Euro kostet der Skandal den Konzern inzwischen. Nun sei auch dem letzten Vorstand in Deutschland deutlich geworden, welche Gefahren und Schäden drohten, wenn man nicht konsequent gegen Korruption vorgehe, sagt Buchert. Die Unternehmen träfen nun mehr Vorsorge, „aber immer noch zögerlich“. Und viele Mittelständler hätten noch nicht begriffen, dass auch für sie Handlungsbedarf bestehe.